

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die 45. Sitzung des Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses  
am 01.04.2004 im Kleiner Sitzungssaal des Neuen Rathauses

An der Sitzung nehmen folgende Ratsmitglieder, Sachkundige Bürgerinnen/Bürger und Sachkundige Einwohner teil:

Schmitz, Peter,	Ausschussvorsitzender
Bochem, Hans-Peter,	Ratsmitglied
Borowski, Helma,	Ratsmitglied abwesend
Capellmann, Peter,	Vertretendes Ratsmitglied für Pott, H. ab TOP 9, 19:13 Uhr
Doose, Friederike,	Ratsmitglied
Esser-Faber, Margarete,	Ratsmitglied
Fink, Ulrike,	Ratsmitglied
Hövelmann, Jens,	Ratsmitglied
Kieven, Ansgar,	Ratsmitglied
Laufs, Jürgen,	Ratsmitglied mit beratender Stimme
Staufmehl, Helmut,	Ratsmitglied
Marquardt, Martin,	Vertretendes Ratsmitglied für Borowski, H.
Müller, Heinz,	Ratsmitglied
Stauch, Ingrid,	Ratsmitglied abwesend
van Snick, Doris,	Ratsmitglied
Viertmann, Karl,	Ratsmitglied
Gundelach, Klaus,	Sachkundiger Bürger
Hintzen, Ulrich,	Sachkundiger Bürger
Lorscheid-Kratz, Kathleen,	Sachkundige Bürgerin
Poos, Christoph,	Sachkundiger Bürger für Stauch, I.
Pott, Hildegard,	Sachkundige Bürgerin bis TOP 8, 19:13 Uhr
Viehöfer, Hildegard,	Sachkundige Bürgerin
Wirth, Beate,	sachkundige Einwohnerin abwesend
Mauermann, Dietmar,	Vertretender Sachkundiger Einwohner für Wirth, B. mit beratender Stimme
Gödde, Günter,	Vertreter der Kirchen mit beratender Stimme abwesend
Dr. Kreßner, Thomas,	Vertreter der Kirchen mit beratender Stimme

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Dezernent Krause in Vertretung des Bürgermeisters  
Herr Holz zugleich als Schriftführer  
Frau Bartel zu TOP 6  
Frau Esser bis TOP 13  
Frau Laux bis TOP 9  
Herr Marx ab TOP 12  
Herr Vogel zu TOP 5

Als Gast ist anwesend:

Herr Marcell Kaiser, Jugendstraßenpolizist, zu TOP 2

Der Vorsitzende eröffnet gegen 16:00 Uhr die Sitzung am Bauwagen auf dem Dorfplatz in Merzenhausen und begrüßt die Anwesenden. Die Sitzung wird ab 17:04 Uhr im Kleinen Sitzungssaal des Neuen Rathauses fortgesetzt. Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der Vorsitzende den Sachkundigen Bürger Christoph Poos durch Verlesen der Verpflichtungsformel und Handschlag.

Eine zunächst beantragte Änderung der Tagesordnung wird nicht vorgenommen. Die TOP 5 und 6 werden hinter TOP 2 vorgezogen. In der Niederschrift sind sie der Übersichtlichkeit halber numerisch eingeordnet.

Die Tagesordnung stellt sich wie folgt dar:

### **Tagesordnung:**

#### **A. Öffentlicher Teil**

1. Bauwagen Merzenhausen
2. Offene Jugendarbeit in Jülich;  
hier: Bericht des Jugendstraßenpolizisten Herrn Marcell Kaiser über Jugendszenen auf Jülicher Straßen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
  - 3.1. Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe
  - 3.2. Aufnahmen in die städt. Tageseinrichtungen für 2004/05
  - 3.3. Jugendschutzveranstaltung der Stadt Jülich;  
hier: Weiberfastnachtsdisco am 19. Februar 2004
  - 3.4. Jugendparlament JuPaJü und seine Foren
  - 3.5. Senioren ins Netz
  - 3.6. Einheitliches Schulgesetz
  - 3.7. Rektorstelle an der GGS Süd
  - 3.8. Infoveranstaltungen für die Eltern der vierjährigen Kinder
  - 3.9. Senkung des Zuschussbedarfs an der Musikschule
  - 3.10. Zuschuss an den SV Viktoria Koslar zum Bau eines Umkleidegebäudes
  - 3.11. Vorbereitung Freibadsaison 2004
  - 3.12. Wirtschaftlichste Lösung der Bäderfrage
4. Anfragen
5. Geschäftsbericht 2003 der VHS Jülich
6. Jahresbericht 2003 der Stadtbücherei Jülich
7. Städtische Jugendpflegerin  
hier: Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU und FDP vom 10.03.04
8. Lokale Bündnisse für Familien;  
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.02.2004
9. Prioritätenliste für die vom Abbau von Altgeräten betroffenen Spielplätze in Jülich

10. Prüfung der Einrichtung eines Jugendamtes;  
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90 /Die Grünen Nr. 16/2004 vom 10.03.2004
11. Einberufung der Kleinen Kommission für Flüchtlingsfragen  
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10.03.2004
12. Bericht Offene Ganztagschule
13. Schulentwicklungsplan

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

### **A. Öffentlicher Teil**

1. Bauwagen Merzenhausen  
(Vorlagen-Nr.: 112/2004)

Die Verwaltung teilt mit, dass mit dem Kreis Düren abgestimmt wurde, die Aufstellung des Bauwagens westlich des Dorfplatzes für 5 Jahre befristet im Außenbereich zuzulassen. In dieser Zeit soll durch geeignete Maßnahmen erreicht werden, dass die Fläche dem Innenbereich zugeordnet werden kann. Der Grenzabstand zum nördlich angrenzenden Nachbarn muss nach der BauO 3,00 m betragen.

Der Bauantrag ist gestellt. Die Genehmigung soll in der PUB-Ausschusssitzung am 22.4.04 beschlossen werden. Danach sind die Obere Bauaufsichtsbehörde und die Untere Landschaftsbehörde des Kreises zu beteiligen.

Der Ausschuss ist damit einverstanden, dass einigen anwesenden Einwohnern des Stadtteiles Merzenhausen Rederecht erteilt wird. Die anschließende Diskussion ist zunächst auf die Umstände gerichtet, die mit der Aufstellung und Entsorgung des alten Bauwagens verbunden waren.

Frau Laux und zwei anwesende Jugendliche erläutern das Konzept, das für die Nutzung des Bauwagens als Treffpunkt der Jugend vorgesehen ist. Danach ist ein Erwachsener (Vater) vorhanden, der bereit ist, sich um das Projekt zu kümmern und als verantwortlicher Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Die Jugendlichen beabsichtigen, den Bauwagen überwiegend an Wochenenden als Treff zu nutzen.

Von einigen anwesenden Einwohnern und insbesondere von einem Nachbarn wird darauf hingewiesen, dass schon durch den alte Bauwagen Probleme für das Umfeld entstanden. So habe es bereits viermal im/am Wagen gebrannt. Des weiteren sei die Stromzufuhr nicht unbedenklich installiert gewesen. Insbesondere wird nachgefragt, durch wen und wie das Objekt versichert ist und wie die Stromzufuhr gesichert würde. Eine weitere Frage eines Ausschussmitgliedes ist auf die sanitären Gegebenheiten gerichtet. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Die Sitzung wird um 17:04 Uhr im Kleinen Sitzungssaal des neuen Rathauses fortgesetzt.

In der kurzen Aussprache über die Besichtigung des Bauwagens ist SB Lorscheid-Kratz der Ansicht, dass der technische und sanitäre Standard vor Ort unbedingt angehoben werden müsse. StV Doose bittet dabei aber zu bedenken, dass in dem Objekt nicht Jugendar-

beit im eigentlichen Sinne betrieben werden soll, sondern es sich um einen ersten Schritt in diese Richtung handele.

2. Offene Jugendarbeit in Jülich;  
hier: Bericht des Jugendstraßenpolizisten Herrn Marcell Kaiser über Jugendszenen auf Jülicher Straßen  
(Vorlagen-Nr.: 113/2004)

Herr Kaiser berichtet über seine Arbeit. Ein Konzept des Referates ist als Anlage beigelegt. Anschließend beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

- 3.1. Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe  
(Vorlagen-Nr.: 137/2004)

Durch das SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende – werden ab 1.1.2005 die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammengelegt. Alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen von 16 bis 64 Jahren und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Angehörigen erhalten dann anstelle von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II.

Für die Wahrnehmung der Aufgaben bestehen zwei Möglichkeiten. Im Gesetz vorgesehen ist die Bildung von Arbeitsgemeinschaften der Kreise bzw. kreisfreien Städte mit den Agenturen für Arbeit (ehemals Arbeitsämter) unter der Führung der Agenturen. Sie werden in den nach dem SGB III neu zu errichtenden „Job-Centern“ etabliert. Als weitere Möglichkeit ist im Vermittlungsverfahren eine Option der Kreise und kreisfreien Städte in das Gesetz aufgenommen worden, wonach diese auf Antrag selbst Träger der Leistungen nach dem SGB II werden können. Dazu müssen sie sich bis zum 31.8.2005 erklären. Das Nähere über die Option soll ein Bundesgesetz regeln. Nachrichten von Anfang der Woche war zu entnehmen, dass über dessen Inhalt zwischen der Regierung und den CDU-geführten Ländern im Bundesrat Meinungsverschiedenheiten bestehen. Streitpunkt ist insbesondere die Wahrung der Eigenständigkeit der Kommunen, wenn sie die Option beantragen. Ein Spitzengespräch ist gescheitert. Deshalb muss z.Z. davon ausgegangen werden, dass die Optionsmöglichkeit faktisch zwar besteht, praktisch aber nicht umgesetzt werden kann. Ob die Kommunen – wie im Gesetz gewollt – ihren Anteil an den zukünftigen Aufgaben auf die Arbeitsgemeinschaften in den Job-Centern übertragen, ist momentan auch fraglich.

Im Übrigen geht der Bund nach der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe von einer Entlastung der Kommunen von ca. 2,5 Mrd. € aus. Erste Berechnungen der Kommunen haben dagegen eine zu erwartende Belastung von bundesweit ca. 5 Mrd. € ergeben.

Der KuSSS-Ausschuss wird über die weitere Entwicklung unterrichtet.

- 3.2. Aufnahmen in die städt. Tageseinrichtungen für 2004/05  
(Vorlagen-Ur.: 139/2004)

Das Aufnahmeverfahren für die städt. Tageseinrichtungen für Kinder ist abgeschlossen. Zum Stichtag 27.2.2004 ergab sich folgende Situation (evtl. vorzeitige Einschulungen noch nicht berücksichtigt):

**Bertastraße**

7 Anmeldungen für die Tagesstätte und 4 Anmeldungen für den Hort konnten nicht berücksichtigt werden.

In diesem Jahr wurde kein Platz frei. Das Kontingent an Hortplätzen musste sogar durch altersbedingte interne Wechsel zu Lasten von Tagesstättenplätzen aufgestockt werden.

**Bourheim**

3 freie Plätze, davon werden 2 Plätze im November besetzt.

**Broich**

2 freie Regelplätze, davon wird 1 Platz im November besetzt. 4 Anmeldungen für die integrative Gruppe konnten nicht berücksichtigt werden.

**Buchenweg**

8 freie Plätze. Sie werden Eltern aus dem Stadtgebiet angeboten, die Absagen erhalten haben, aber dringenden Bedarf anmelden.

**Koslar**

7 freie Plätze. Erste Anmeldungen aus dem Neubaugebiet Schützenkaul II liegen vor.

**Lich-Steinstraß**

5 Anmeldungen auf einen Regelplatz und 9 Anmeldungen für die aG 1 (unter 3-jährige) können nicht berücksichtigt werden. In der aG 1 ist außerdem zu berücksichtigen, dass eine ausgewogene Altersstruktur anzustreben ist und sich auch daraus Einschränkungen bei der Aufnahme ergeben können.

Weil viele Eltern Interesse an Blocköffnung bekundeten (Kinderbetreuung durchgehend von 7.00 Uhr – 14.00 Uhr), wurde für 1 Gruppe ein entsprechender Antrag an das Landesjugendamt gestellt.

- 3.3. Jugendschutzveranstaltung der Stadt Jülich;  
hier: Weiberfastnachtsdisco am 19. Februar 2004  
(Vorlagen-Nr.: 104/2004)

In diesem Jahr hat die Jugendschutzveranstaltung – Weiberfastnachtsdisco am 19. Februar 2004 zum 10. Mal stattgefunden. Zum 1. Mal stand die Veranstaltung nach der Verlagerung des Kulturamtes unter der Federführung der Stabsstelle für Gleichstellung und Sozialplanung durch die Kinder- und Jugendbeauftragte.

Ca. 2.300 Jugendliche zwischen 12 und 27 Jahren – 200 mehr als im letzten Jahr – haben bei guter Stimmung von 11.11 – 20.00 Uhr im Zelt auf dem Schlossplatz gefeiert. Es gab keine besonderen Vorkommnisse.

Die Veranstaltung wurde getragen durch die Kooperation mit dem Jugendamt des Kreises Düren mit 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Jülich, 4 Mitarbeiterinnen des Sozialdienstes Kath. Frauen und 26 Helferinnen und Helfern aus Schulen, Jugendheimen, anderen Institutionen und Privatpersonen. Es wurde ein großes „Dankeschön“ an alle Beteiligten verschickt. In Rücksprache mit den

Beteiligten wurde schon signalisiert, dass für das nächste Jahr wieder Bereitschaft für eine Teilnahme besteht.

3.4. Jugendparlament JuPaJü und seine Foren  
(Vorlagen-Nr.: 105/2004)

Die 2. Öffentliche Sitzung des Jugendparlaments der Stadt Jülich (JuPaJü) hat am 30. März 2004 im Kleinen Sitzungssaal im Neuen Rathaus stattgefunden. Der Termin war vom 20. April 2004 vorverlegt worden, um - wie von den Fraktionen gewünscht - die Jugendlichen in die Thematik „Offene Jugendarbeit“ mit einzubeziehen. In der nächsten Sitzung werden die Jugendlichen ihre Stellungnahme dazu abgeben.

Die beiden Foren „Freizeitangebote für Jugendliche“ und „Öffentlichkeitsarbeit und Sponsoring“ treffen sich seit der 1. Öffentlichen Sitzung des Jugendparlaments am 13. Januar 2004 alle 2 Wochen.

Das Forum „Freizeitangebote für Jugendliche“ hat sich in zwei Arbeitsgruppen „Konzertveranstaltung“ und „Discoververanstaltung“ unterteilt und arbeitet intensiv an der Planung und Durchführung der beiden Veranstaltungen.

Das Forum „Öffentlichkeitsarbeit und Sponsoring“ beschäftigt sich intensiv mit der Sponsorengewinnung zur Unterstützung der Veranstaltungen und beginnt mit der Öffentlichkeitsarbeit.

3.5. Senioren ins Netz  
(Vorlagen-Nr.: 111/2004)

Am 24. Februar 2004 startete das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit namhaften Kooperationspartnern die Kampagne „50plus ans Netz“. Ziel ist es, die Zahl der Internetnutzer zu steigern. Als eine von bundesweit drei vorbildlichen Beispielen wird das Jülicher Projekt „Senioren ins Netz“ auf der Homepage der Kampagne vorgestellt.

Im Anschluss an „Senioren ins Netz“ hat die Stabsstelle für Gleichstellung und Sozialplanung das landesgeförderte Projekt „Train the Trainer“ umgesetzt. Entstanden ist ein Handbuch für eine siebenteilige Fortbildungsreihe zur Qualifizierung ehrenamtlicher und hauptamtlicher Kräfte in der Medienbildungsarbeit.

3.6. Einheitliches Schulgesetz  
(Vorlagen-Nr.: 136/2004)

Das Land fasst folgende Gesetze zu einem einheitlichen Schulgesetz zusammen:

Schulordnungsgesetz  
Schulverwaltungsgesetz  
Schulfinanzgesetz  
Ersatzschulfinanzgesetz  
Schulpflichtgesetz  
Lernmittelfreiheitsgesetz  
Schulmitwirkungsgesetz

Das neue, über 60 Seiten umfassende, Gesetz liegt derzeit als Entwurf vor. Zentrales Anliegen des Entwurfes ist es nicht, inhaltlich im größeren Umfang Neuregelungen herbeizuführen, sondern es dient in erster Linie der Entbürokratisierung, der Transparenz und der Fortsetzung der Selbstständigkeit der Schulen. Trotzdem enthält es einige für die Schulträger relevante Dinge, so insbesondere die Möglichkeit der Erhebung von Gast-schulbeiträgen durch folgende Regelung:

Wird eine Schule mindestens zu einem Viertel von Schülern auswärtiger Gemeinden besucht, kann der Schulträger von den Wohnsitzgemeinden der Schüler einen über den Schüleransatz nach Maßgabe des Gemeindefinanzierungsgesetzes hinausgehenden Betrag verlangen. Das Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Pauschalbeträge je Schüler und Schulform festzulegen.

Zu gegebener Zeit wird diese Frage zu prüfen sein. Mit einer Verabschiedung des neuen Schulgesetzes wird Ende des Jahres gerechnet.

Aus dem Ausschuss wird gebeten, je ein Exemplar des Entwurfs den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

3.7. Rektorstelle an der GGS Süd  
(Vorlagen-Nr.: 134/2004)

Auf die ausgeschriebene Neubesetzung der Rektorstelle an der GGS Süd ist keine Bewerbung eingegangen.

Die Bezirksregierung hat daraufhin verfügt, dass der Eintritt des bisherigen Stelleninhabers in den Ruhestand bis 31.07.2005 hinausgeschoben wird.

3.8. Infoveranstaltungen für die Eltern der vierjährigen Kinder  
(Vorlagen-Nr.: 141/2004)

Die Informationsveranstaltungen für die Eltern der vierjährigen Kinder sind an allen 5 Grundschulen durchgeführt worden. Die Veranstaltungen hatten eine überraschend große Resonanz, insgesamt wurden sie von rd. 300 Eltern besucht.

Die Eltern wurden über das Einschulungsverfahren, Fördermöglichkeiten in den Kindergärten, Sprachstandserfassung und die flexible Schuleingangsphase informiert. Insbesondere die flexible Schuleingangsphase wurde rege nachgefragt und diskutiert.

Da die Schulen für die Schuleingangsphase eigene Profile entwickeln können, könnte es sein, dass die Gestaltung der Schuleingangsphase der jeweiligen Schule Einfluss auf das Wahlverhalten der Eltern nimmt. Dies wiederum könnte Auswirkungen auf den SEP haben.

3.9. Senkung des Zuschussbedarfs an der Musikschule  
(Vorlagen-Nr.: 125/2004)

Der Hauptausschuss hat während der Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2004 ff. abermals bemängelt, dass die Schulgelderhöhung, die im HSK niedergelegt ist, zu hoch sei. Andere Maßnahmen sollten an deren Stelle treten, zumindest zum Teil. Von allen Fraktionen wurde jedoch betont, dass die Musikschule in ihrem grundsätzlichen Bestand erhalten werden soll. Ein Arbeitskreis solle sich mit dieser Angelegenheit befassen. Der

Arbeitskreis soll Mitglieder des KuSSS-Ausschusses, aber auch Musikschul- und Verwaltungsvertreter, Eltern und Lehrer als Mitglieder haben.

Damit eventuell zu beschließende Maßnahmen rechtzeitig greifen, müsste der Arbeitskreis jetzt einberufen werden und kurz nach den Osterferien zu einer 1. Sitzung zusammenkommen.

Die Fraktionen werden hiermit gebeten, ihre Mitglieder in dieser Sitzung zu benennen. Vorgeschlagen wird: die beiden großen Fraktionen CDU und SPD je 2 Mitglieder, die anderen drei (FDP, Bündnis 90/Grüne, UWG Jül) je 1 Mitglied.

Es ist ferner vorgesehen, dass der Schulleiter mit seinem Vertreter, der Vorsitzende der Schulpflegschaft und der Vorsitzende des Fördervereins sowie der zuständige Dezernent am Arbeitskreis teilnehmen.

Um zu Ergebnissen zu kommen, die zum Teil vom Rat beschlossen werden müssen (z. B. Schulgeld) und dies rechtzeitig vor den Sommerferien, ist es erforderlich, dass der Arbeitskreis in der 1. Maiwoche und in der 1. Juniwoche tagt und als zusätzlicher Sitzungstermin für den KUSSS der 15.06.2004 (Dienstag) terminiert wird. (Dann könnten Empfehlungsbeschlüsse am 17.06. im Hauptausschuss und am 24.06. im Stadtrat rechtzeitig vor Ende Juni zur Entscheidung gebracht werden. Bis zur KuSSS-Sitzung am 27.05.04 – der Termin sollte bestehen bleiben – ist die Klärung der aus dem Arbeitskreis erfahrungsgemäß entstehenden Fragen arbeitstechnisch nicht zu leisten.)

3.10. Zuschuss an den SV Viktoria Koslar zum Bau eines Umkleidegebäudes  
(Vorlagen-Nr.: 142/2004)

Der Haupt- und Finanzausschuss hat am 27.11.2003 auf Vorschlag des KuSSS-Ausschusses beschlossen, dem SV Viktoria Koslar einen Zuschuss in Höhe von 50 % der nachzuweisenden Materialkosten, höchstens 42.000,00 € zu gewähren. Die Finanzierung dieses Betrages sollte aus den Verkaufserlösen geschehen, die aus der Vermarktung des Grundstückes, auf denen das abgängige Sportlerheim steht, zu erzielen sind.

Durch die nach dieser Beschlussfassung auf Landesebene getroffenen Entscheidung über eine Sportpauschale für investive Zwecke hat sich die Finanzierung im Haushaltsplan 2004 und HSK geändert: Der Stadtzuschuss wird nicht mehr aus dem Grundstückserlös sondern aus der Sportpauschale finanziert.

Die Verwaltung geht davon aus, dass in der durch die Sanktionierung des Haushaltsplanes und nicht in der ursprünglich vom KuSSS-Ausschusses und HFA beschlossenen Weise verfahren wird. D.h. auch, dass der Zuschuss entsprechend dem Baufortschritt nach Genehmigung des Haushalts ausgezahlt wird.

3.11. Vorbereitung Freibadsaison 2004  
(Vorlagen-Nr.: 135/2004)

Anfang März ist mit den Vorbereitungen für die Freibadsaison 2004 begonnen worden. Wie vereinbart, hat low-tec ausreichend Personal bereitgestellt. Die Arbeiten verlaufen bisher sehr zufriedenstellend.

3.12. Wirtschaftlichste Lösung der Bäderfrage  
(Vorlagen-Nr.: 143/2004)



Nach Gesprächen mit dem Landrat, der Stadt ähnliche Unterstützung bei der Lösung ihrer Bäderfrage zu gewähren wie in der Gemeinde Titz, zeigten sich verschiedene Ansatzpunkte. Hierzu gehört auch möglicherweise ein Schwimm-Leistungszentrum. Um dies beurteilen zu können, sind jedoch noch wichtige Gespräche zu führen sowie alle für einen Vergleich erforderlichen Zahlen und Daten zu ermitteln. Falls sich diese Idee als verfolgenswert herausstellt, sind die damit verbundenen Prüfungen zur Klärung der wirtschaftlichsten Lösung nicht bis Ende Juni leistbar. Über den Fortgang dieser Gespräche wird dem Ausschuss berichtet.

#### 4. Anfragen

Es liegen keine Anfragen für den öffentlichen Teil vor.

#### 5. Geschäftsbericht 2003 der VHS Jülich (Vorlagen-Nr.: 74/2004)

Der Geschäftsbericht wird durch Herrn Vogel kurz erläutert. Insbesondere geht er auf zwei Fragestellungen aus den Haushaltsberatungen ein:

- Kann die von der VHS vorgenommene Preiserhöhung die 15%-ige Minderung der Landesförderung auffangen?

Rein rechnerisch in Zusammenhang mit den übrigen Strukturänderungen ja, aber es darf nicht verkannt werden, dass sich die VHS im Spannungsfeld von Angebot, Nachfrage und Konkurrenz, also in Marktgesetzen bewegt. Insofern muss abgewartet werden, ob die Kunden die Preise annehmen, d.h. kein Teilnehmerschwund festzustellen ist. Dies wird durch permanentes Controlling überprüft. Gegenwärtig scheint es so zu sein, dass die Rechnung aufgeht. Genaueres ergibt sich aus einer Halbjahresberechnung nach Abschluss des 1.Semesters.

- Kurse absetzen, die keine bzw. geringe Einnahmen erzielen.

Dieser Vorschlag ist unverständlich, weil es diese Kurse im Prinzip nicht mehr gibt. Ausweislich der Deckungsbeitragsberechnungen in den Geschäftsberichten (im neuesten S. 11) liegt der Deckungsgrad insgesamt zwischen 140-160%. Auch in den einzelnen Fachbereichen und Unterbereichen liegen die Deckungsgrade im wesentlichen weit über 100%.

Es gibt wenige Ausnahmen, die aber bewusst durchgeführt werden, z.B. Kurs zur Integration von Ausländerinnen (Alphabetisierung) oder imagebildende Veranstaltungen (z.B. Lesung Lea Fleischmann).

Vertreter aller Fraktionen äußern sich lobend über die Arbeit der VHS.

#### Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

Der Geschäftsbericht 2003 der VHS Jülich wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

6. Jahresbericht 2003 der Stadtbücherei Jülich  
(Vorlagen-Nr.: 109/2004)

Frau Bartel erläutert den Jahresbericht in kurzen Zügen.

In der anschließenden Beratung wird angesprochen, dass aufgrund eines Antrages der CDU- und der FDP-Fraktion die Bereitstellung der Werkvertragsmittel für die Bücherei im Zusammenhang mit dem vom Kreis erhofften Zuschuss für die Beschäftigung der Jugendbeauftragten stehen. Durch die Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass hieran gearbeitet werde.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

7. Städtische Jugendbeauftragte:  
hier: Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU und FDP vom 10.03.04  
(Vorlagen-Nr.: 107/2004)

Auf Anfrage wird durch die Verwaltung mitgeteilt, dass erste Gespräche stattgefunden haben. Danach ist eine zukünftige Förderung durch den Kreis nicht ohne Aussicht auf Erfolg, aber durch den Doppelhaushalt des Kreises sicher nicht in diesem Jahr.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 10.3.04 zu prüfen.

Es herrscht Einvernehmen zwischen allen Fraktionen im Ausschuss, dass die Stelle und die Arbeitsvertragsverlängerung der Jugendbeauftragten Laux gesichert sind.

8. Lokale Bündnisse für Familien:  
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.02.2004  
(Vorlagen-Nr.: 108/2004)

StV Kieven begründet den Antrag für die SPD-Fraktion. Der Arbeitsaufwand wird nach seiner Einschätzung nicht als sehr hoch angesehen, weil es bereits Materialien gebe, auf die man zurückgreifen könne.

In der folgenden eingehenden Diskussion wird durch die Verwaltung bezweifelt, ob die vorhandenen Materialien eins zu eins in Jülich verwertet werden könnten. Durch die CDU-Fraktion wird die Bitte geäußert, den Prüfauftrag zu beschließen. Die Verwaltung möge aber zunächst prüfen, ob die vorhandene Personalkapazität dazu ausreicht und hierüber in einer der nächsten Sitzungen zu berichten.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag der SPD-Fraktionen vom 20.2.04 zu prüfen und in einer der nächsten Sitzungen zu berichten, ob die Umsetzung möglich ist.

9. Prioritätenliste für die vom Abbau von Altgeräten betroffenen Spielplätze in Jülich  
(Vorlagen-Nr.: 106/2004)

In der kurzen Diskussion fragt Frau Lorscheid-Kratz an, wann am Spielplatz in der Kopernikusstraße etwas geschehe. Dazu ist StV Viertmann der Ansicht, dass dies evtl. noch in diesem Jahr möglich ist, weil voraussichtlich für die drei Maßnahmen mit höherer Priorität nicht alle Mittel gebraucht würden.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

Die Prioritätenliste für die Ertüchtigung der vom Abbau von Altgeräten betroffenen Spielplätze in 2004 nimmt der Ausschuss zustimmend zur Kenntnis.

Der Ausschuss ist mit einer Sitzungsunterbrechung einverstanden. Die Sitzung wird von 19.20 Uhr bis 19.50 Uhr unterbrochen.

10. Prüfung der Einrichtung eines Jugendamtes;  
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90 /Die Grünen Nr. 16/2004 vom 10.03.2004  
(Vorlagen-Nr.: 118/2004)

Der Antrag wird durch StV Laufs erläutert.

In der anschließenden ausführlichen Diskussion befürworten Vertreter der SPD-Fraktion den Antrag. Sie weisen darauf hin, dass die seinerzeit durchgeführte Vergleichsberechnung mit Würselen nicht repräsentativ gewesen sei, weil Würselen eine wesentlich höhere Einwohnerzahl hat. Es sollten Städte gewählt werden mit etwa gleich hoher Einwohnerzahl und ähnlicher Struktur (z.B. Goch und Lohmar, aber auch Emmerich und Rheinberg) oder Städte die erst seit kurzem ein Jugendamt unterhalten (z.B. Hückelhoven).

Durch die Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass alle Überlegungen in diese Richtung vergebens sein müssen, weil die finanzielle Situation keine zusätzliche Belastung – und dann noch in dieser Größenordnung – erlaubt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung

Eine aktuelle Untersuchung betr. Einrichtung eines eigenen Jugendamtes wird nicht vorgenommen.

11. Einberufung der Kleinen Kommission für Flüchtlingsfragen;  
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 10.03.2004  
(Vorlagen-Nr.: 119/2004)

Es besteht Einigkeit im Ausschuss, die Kommission einzuberufen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

Die Kleine Kommission für Flüchtlingsfragen wird zur Vorberatung des Antrages der SPD-Fraktion vom 10.3.04 vor der nächsten Sitzung des KuSSS-Ausschusses einberufen.  
(Termin: 12.5.04, 16.00 Uhr)

12. Bericht Offene Ganztagschule  
(Vorlagen-Nr.: 115/2004)

Auf Anfrage teilt die Verwaltung mit, dass die AWO als interessierter Kooperationspartner nicht unberücksichtigt bleibt. Für Dienstleistungen im Gesamtrahmen ist sie selbstverständlich weiter gefragt.

Die Jugendhilfe wurde bisher nur allgemein informiert. Sie wird dann eingebunden, wenn die Stadt soweit ist, dass sie etwas vorweisen kann, z.B. den virtuellen Plan der Nachmittagsbetreuung.

13. Schulentwicklungsplan  
(Vorlagen-Nr.: 116/2004)

StV Bochem scheint der Beschlussvorschlag der Verwaltung etwas dürftig ausgefallen zu sein. Dem wird aber durch die Verwaltung entgegengehalten, dass im Beschlussvorschlag bewusst nicht auf die ausführlichen Beschreibungen im SEP eingegangen worden sei. Darin sei auch vieles enthalten, dass nicht ausdrücklich zu beschließen ist, sondern vom Hochbauamt mit den normalen Arbeiten erledigt wird. Der Beschluss enthält nur den Extrakt aus den Wünschen der Schulleiter.

Der Ausschuss wünscht, in den Beschluss einen Hinweis auf die Stellungnahmen der Schulkonferenzen aufzunehmen.

StV Müller erklärt, dass die für die GGS West angegebenen Zahlen nicht stimmen. Dem wird durch die Verwaltung entgegengehalten, dass dies schon in der Ergänzung berücksichtigt worden sei. Grund für die unterschiedlichen Schülerzahlen war die Tatsache, dass sich das Anmeldeverhalten der Eltern in diesem Grundschulbezirk deutlich von der KGS zur GGS West verändert habe.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung

1. Der fortgeschriebene Schulentwicklungsplan wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich der nachstehenden (sich aus dem SEP und den Stellungnahmen der Schulen ergebenden) sowie der weiteren Maßnahmen anzunehmen:

Verwaltungsbereich, Lehrerzimmer und Aula Realschule  
Verwaltungsbereich und Lehrerzimmer GGS Nord  
Raumsituation GGS West

3. Die Stellungnahmen der Schulkonferenzen sind zu berücksichtigen.

Mit einem Wort des Dankes schließt der Vorsitzende gegen 20:51 Uhr die Sitzung.